

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinderbeilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72218. — Verlag in Leipzig:
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonellsseite 35 Wfg., bei Platzvorrat 40 Wfg., Stellenangebote 10gepalt. Kolonellsseite 25 Wfg. Familiennachrichten von Privatisten die 10gepalt. Kolonellsseite mit 50% Nachsch. Kettamesse 2 Wfg. Inzerate v. ausw.: die 10gepalt. Kolonellsseite 40 Wfg. bei Platzvorrat. 50 Wfg. Kettamesse 2.25 Wfg.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigabtheilung und alle Postanstalten entgegen

Ausperrung vertagt!

Ergebnislose Nachverhandlungen — Verbindlichkeitserklärung

„Unannehmbar“

Haben und drüben die gleiche Erklärung

Dienstag um 10 Uhr begannen im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Ministerialrats Dr. Neues die Nachverhandlungen über den 3-Pfennig-Schiedspruch, der am 18. Februar vom Sonderlichter, Ministerialrat Dr. Hauschild, im mittel-deutschen Konflikt gefüllt worden ist. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums äußerte gleich zu Beginn der Verhandlung den Wunsch, mit den Parteien getrennt zu verhandeln. Es begann dann der übliche Vordiskussion zwischen Unternehmern und Arbeitervertretern. Die Unternehmer brachten ihre bekannten Argumente vor, wonach es ihnen unmöglich sei, die durch den Schiedspruch festgelegten „hohen“ Löhne zu zahlen, wenn sie nicht der Konkurrenz unterliegen sollen. Sie widersetzten sich ganz entschieden einer eventuellen Verbindlichkeitserklärung dieses für sie „untragbaren“ Schiedspruches. Von den Vertretern der Metallarbeiter wurde mit allem Nachdruck der Verbindlichkeitserklärung widersprochen, da der Schiedspruch vor allem infolge seiner langen Laufzeit praktisch keine Verbesserung des 3-Pfennig-Schiedspruches des Magdeburger Schlichters vom 12. Januar bedeute.

Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums erklärte gegen 12.30 Uhr, daß er seine Entscheidung bis spätestens 4 Uhr treffen werde. Mit dieser Erklärung waren die Verhandlungen erledigt.

Brauns in Aktion

21. Februar.

In dem Bohrtzeit der mitteldeutschen Metallindustrie hat der Reichsarbeitsminister die Schiedsprüche vom 18. Februar 1928 im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt.

Frei trotz Verbindlichkeitserklärung?

Vorläufige Stellungnahme des DMB

Ueber die Stellungnahme der Arbeiterschaft verbreitet DMB diese Meldung: Von der Hallenser Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird mitgeteilt, daß sich Voraussetzungen über die Konsequenzen der Verbindlichkeitserklärungen der Berliner Schiedsprüche heute nicht machen lassen, da erst der Bericht der nach Berlin entsandten Delegierten abgewartet werden müsse. Zur Verbindlichkeitserklärung wird erst heute vormittag in einer Bezirkskonferenz Stellung genommen werden. Gegenüber der Erklärung des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller wird darauf hingewiesen, daß die Frage noch durchaus unsicher sei, ob eine Nichtwideraufnahme der Arbeit als eine rechtswidrige Fortsetzung des Kampfes zu betrachten sei, da das Arbeitsverhältnis durch die Ausperrung unterbrochen worden sei, und sämtlichen Arbeitnehmern die Papiere zugestellt worden seien.

Die Sicherheitstagung

Boncour der Dolmetsch der Bourgeoisie

21. Februar.

Das Ergebnis der Dienstagvormittagssitzung des Sicherheitskomitees war entschieden magerer als das des Montags. Weder der Vertreter Italiens, noch der französische Vertreter Paul Boncour, riefen auch nur einen Finger breit von der bekannten bisherigen Einstellung ihrer Länder ab. Der Italiener schloß sich hinsichtlich der Schiedsgerichtsbarkeit dem englischen Standpunkt an und wünschte für den Völkerbund Handlungsfreiheit.

Paul Boncour hielt ein Plädoyer gegen die sofortige Abrüstung. Er versuchte zu beweisen, daß weder die Sicherheit Europas noch der Welt so weit gesichert sei, daß man schon abrüsten könnte. Sicherheit und Abrüstung bildeten ein einheitliches Ganzes, bei der die Sicherheit voranzugehen habe. Aufgaben des Sicherheitsausschusses sei die Ausarbeitung einer weltumspannenden Friedenssicherung als Bervollständigung und Präzisierung des Völkerbundespaktes. Unter Bezugnahme auf die Ausführungen des polnischen Delegierten und das Gutachten des griechen Politis forderte Boncour als Voraussetzung der Abrüstung regionale Sicherheitsverträge mit materieller Unterstützung gegen Angriffe, Nechtung des Angriffskrieges und Ausbau der Sanktionsbestimmungen. Einer allgemeinen Schiedsgerichtsbarkeit könne Frankreich beitreten, wenn hinter ihr die Sanktionsdrohung stehe.

Der finnische Vertreter trat dann für den norwegischen Gedanken eines allgemeinen Schiedsgerichtspaktes ein und begründete die deutschen Vorschläge als technische Maßregel zur Kriegsverhinderung. Für einen trotzdem erfolgenden Angriffskrieg wünsche Finnland finanzielle und materielle Unterstützung des Völkerbundes.

Eine Provokation

Keine Aufhebung, nur Vertagung der Ausperrung!

SPD Berlin, 22. Februar (Radio).

Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller erläßt folgende provozierende Erklärung:

Die Schiedsprüche im Arbeitsstreit der Mitteldeutschen Metallindustrie sind gegen den Willen beider Parteien vom Reichsarbeitsminister im öffentlichen Interesse von Amtswegen verbindlich erklärt worden. Die Arbeiterschaft wird selbstverständlich alle juristischen Konsequenzen aus der Verbindlichkeitserklärung ziehen und, soweit das technisch möglich ist, die Arbeiter, ohne Maßregelungen vorzunehmen, wieder einstellen.

Da mehrfach von Gewerkschaftsseite und in der Arbeitnehmerpresse zum Ausdruck gekommen ist, daß möglicherweise der Kampf durch die Verbindlichkeitserklärung noch nicht beendet würde und infolgedessen damit zu rechnen ist, daß die Arbeit im mitteldeutschen Streifgebiet nicht oder nicht in vollem Umfange wieder aufgenommen wird, hat der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller beschlossen, den Ausperrungstermin auf Mittwoch, den 20. Februar 1928, mit Arbeitsloshalt zu verschieben.

Sollte sich die Notwendigkeit ergeben, zu diesem späteren Zeitpunkt die Ausperrung in Wirksamkeit zu setzen, so würde sie nicht die Befürchtung der für verbindlich erklärten Sprüche, sondern lediglich die Abwehr der rechtswidrigen Fortsetzung des Kampfes durch die Arbeiter zum Ziel haben. Dabei wird aber ausdrücklich bemerkt, daß die Aufhebung der Ausperrung sofort erfolgen wird, sobald die Arbeiter zur Arbeit zurückgekehrt sind.

Ein Erfolg des DMB

Über ein befriedigendes?

Der Sozialdemokratische Pressedienst urteilt über das Ergebnis der Verhandlungen in der Metallindustrie:

Die Metallindustriellen haben sofort nach der Verbindlichkeitserklärung durchsichern lassen, daß der Termin für die Durchführung des Ausperrungsbefchlusses zunächst um acht Tage verschoben wird. Als Begründung führten sie an, daß die Arbeiter trotz der Verbindlichkeitserklärung wahrscheinlich nicht in die Betriebe zurückkehren würden. In Wirklichkeit wollen sie nur den starken Mann mimen; denn es ist ihnen begreiflicherweise etwas peinlich zumute nach ihrer fürchterlichen Drohung, die ganze deutsche Wirtschaft in Brand zu setzen, wenn über den 3-Pfennig-Schiedspruch hinausgegangen würde, jetzt plötzlich trotz des 3-Pfennig-Schiedspruchs den Ausperrungsbefehl lang- und kluglos in der Vertagung verschwinden lassen zu müssen. So mager das Ergebnis für die Metallarbeiter auch sein mag — eins steht fest: die starke Kampfkraft der mitteldeutschen Metallarbeiter hat die Schlichtungsbehörden gezwungen, über den 3-Pfennig-Schiedspruch hinauszugehen. Der Preisverlust liegt zweifellos auf der Seite der Metallindustriellen, während die Metallarbeiter für sich mindestens einen starken moralischen Erfolg buchen können.

Für mehr Locarno-Verträge

21. Februar.

Im Laufe des heutigen Nachmittags haben zwischen den maßgebenden Delegationen des Sicherheitsausschusses eingehende Verhandlungen über das weiter einschlagende Verhandlungsverfahren stattgefunden. Die Generaldebatte wird aller Voraussicht nach bereits am Mittwoch oder Donnerstag zu Ende gehen, worauf dann in die Diskussion der einzelnen Vorschläge und Anregungen eingetreten werden wird. Nach dem bisherigen Verhandlungsverlauf werden folgende drei Punkte zur Einzelberatung gestellt werden:

1. Herstellung eines Vertragsrahmens für einzelne und allgemeine Schiedsgerichts- und Vergleichsverträge,
2. Feststellung der vom Völkerbund zu ergreifenden Sicherheitsmaßnahmen in Krisenzeiten,
3. Präzisierung eines Schemas für regionale Sicherheitspakte.

Dieser Punkt dürfte ohne Zweifel im Mittelpunkt der kommenden Verhandlungen des Ausschusses stehen. Von französischer Seite wird gegenwärtig mit großem Nachdruck auf eine beschleunigte abschließende Herstellung eines Vertragsrahmens für die regionalen Sicherheitspakte gedrängt. Es scheint bei der französischen und den frankreich naheliegenden Delegationen die Tendenz zu bestehen, diesen abschließenden Vertragsrahmens bereits auf der gegenwärtigen Tagung endgültig auszuarbeiten und so einen für die weitere Behandlung der Sicherheitsfrage im Völkerbund bindenden Text zu schaffen, der dann auf dem Wege über die Vollversammlung des Bundes sämtlichen Mitgliedern zur Anwendung empfohlen werden soll.

Kein polnisch-litauischer Gefangenenaustausch. Das Warschauer offiziöse Blatt Epoka meldet, daß die Verhandlungen zwischen Polen und Litauen über den gegenseitigen Austausch von Gefangenen gescheitert sind.

Die unpolitische Konferenz

Vertagt! — Die Lösung von Havanna

An dem gleichen Tage, an dem in Genf die zweite Tagung des Sicherheitskomitees des Völkerbundes begann, endete in der kubanischen Hauptstadt Havanna die panamerikanische Konferenz. Fünf Wochen haben die Vertreter der amerikanischen Republiken beieinander gesessen, um über den Ausbau und die Festigung der panamerikanischen Union zu beraten. Das wenigstens war nach dem Programm ihre Aufgabe. Aber die Konferenzteilnehmer gingen in der Erledigung dieser Aufgaben von sehr gegensätzlichen Interessen aus. Diese Gegensätze sind so tief, daß sie schon auf die Vorbereitung der Konferenz erheblich einwirkten. Obwohl alle vertretenen Staaten als gleichberechtigt anerkannt wurden, dirigierte von vornherein der überragende Einfluß der Vereinigten Staaten den Gang der ganzen Konferenz. Die amerikanische Delegation erreichte es, daß politische Fragen aus dem Programm der Konferenz ausgeschlossen wurden, so daß nur rein technische und Verwaltungsmassnahmen übrigblieben. Zudem bestanden die Delegationen aus Berufsdiplomaten, von denen die meisten wenig Lust hatten, sich in Gegensatz zu dem mächtigen Staatssekretär Hughes der noch mächtigeren Vereinigten Staaten zu stellen. Hätten die Delegationen, nicht an feste Weisungen gebunden, die nationalen, wirtschaftlichen und politischen Interessen ihres Landes bei den zu behandelnden Problemen darlegen und vertreten können, dann hätte es vielfach lebhaftere Auseinandersetzungen gegeben, in denen die Gegensätze zwischen den amerikanischen Staaten offen zutage getreten wären.

Die panamerikanischen Bestrebungen sind über hundert Jahre alt. Es handelte dem ursprünglichen Plan, die lateinamerikanischen Staaten zu einer Art amerikanischen Völkerbund zusammenzufassen, um so gegen die imperialistischen Überfälle europäischer Mächte zu liefern, ein revolutionärer Zug an. Die Vereinigten Staaten waren in diese panamerikanische Union nicht einbezogen, und kümmerten sich auch lange Zeit nicht um sie. Erst mit der mächtigen Entwicklung ihres Kapitalismus wurde ihr Interesse an der panamerikanischen Union geweckt, das aber von Anfang an ein ganz anderes war, als das der lateinamerikanischen Staaten. Sie schlossen sich in der Union zusammen, um ihre nationale und politische Unabhängigkeit zu sichern. Die Vereinigten Staaten kamen zu ihrer Union, um die Hemmnisse der wirtschaftlichen Durchdringung Mittel- und Südamerikas zu beseitigen. Für sie war die Mitarbeit in der panamerikanischen Union nichts anderes als ein Mittel, mit dem sie zuerst ihre wirtschaftliche und dann auch ihre politische Expansion weitertragen wollte. Bei der gewaltigen Macht, die der Kapitalismus der Vereinigten Staaten darstellt, ist es ihm gelungen, in der panamerikanischen Union die führende Rolle einzunehmen und es ist ihm weiter gelungen, mit Hilfe von Dollars und Waffen eine ganze Reihe lateinamerikanischer Staaten in völlige Abhängigkeit zu schlagen. Damit nicht zufrieden, stößt er immer weiter vor. Der qualvolle Verzweiflungskampf, den Nicaragua gegen die Truppen des nordamerikanischen Imperialismus führt, lehrt den anderen mittleren und kleinen amerikanischen Republiken, daß die Imperialisten der großen „Schwellernation“ keine Skrupel in der Unterwerfung jener Länder kennt, die sie glauben, zu ihrer Stärkung und Erhaltung verschlingen zu müssen.

Es war nur natürlich, daß die Intervention in Nicaragua und der jahrelange Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko die Stimmung auf der Konferenz nicht gerade günstig für die Vereinigten Staaten vorbereiteten. Um so geschäftiger und nachdrücklicher war die Delegation Coolidges bemüht, das Arbeitsprogramm so festzulegen, daß über die für die lateinamerikanischen Staaten brennenden Probleme überhaupt kein Wort auf der Konferenz gesprochen werden konnte. Herr Coolidge tat noch mehr. Die außerordentlich ungünstige Finanzlage Mexikos ermöglichte es ihm, unmittelbar vor Beginn der Konferenz mit Mexiko zu einer Verständigung zu kommen, bei der Mexiko allerdings allein der gebende Teil war. Aber Mexiko war diejenige Macht, von der die Vereinigten Staaten in Havanna das meiste zu fürchten hatten. War dieser Widerstand ausgeschaltet, so war der unangenehmste Widerstand zum größten Teil gebrochen.

Die Imperialisten der Vereinigten Staaten haben richtig kalkuliert. Soweit nach der offiziellen Ausschaltung aller politischen Fragen noch die Möglichkeit für die lateinamerikanischen Staaten blieb, sich gegen die unerfällliche Uebermacht der nordamerikanischen Imperialisten zu wehren, ist auf der Konferenz einige Male der Versuch dazu gemacht worden. Die mexikanische Delegation selbst war es, die eine Reorganisation der panamerikanischen Union beantragte, um den überwiegenden Einfluß der Vereinigten